



„Klug, Modern, Unterstützend – Inspiration für künftige KMU-Politik“

50. Treffen des EU-Netzwerks der KMU-Beauftragten am 13. Juni 2024, Berlin

Anlässlich des 50. Treffens des EU-Netzwerks der KMU-Beauftragten¹ zu Beginn der neuen Legislaturperiode haben wir, die nationalen KMU-Beauftragten und Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaftsorganisationen, eine Reihe von wichtigen Punkten erörtert und zusammengetragen, die als Inspiration und Orientierung für die künftige EU-Politik für KMU und Unternehmerinnen und Unternehmer dienen sollen. Wir fordern eine kluge, moderne und unterstützende Politik, die es KMU ermöglicht, sich zu entfalten und ihr Potenzial voll auszuschöpfen, und gleichzeitig ihre Resilienz gegenüber wirtschaftlichen Schocks stärkt. Zu diesem Zweck rufen wir alle EU-Institutionen dazu auf, den substanziellen Beitrag von KMU zum Binnenmarkt und zur Wettbewerbsfähigkeit der EU anzuerkennen und KMU dazu zu befähigen, unter kohärenten und günstigen Rahmenbedingungen zu gedeihen.

Als politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger und KMU-Verbände, die sich dazu verpflichtet haben, Wohlstand und Nachhaltigkeit der Europäischen Union voranzutreiben, erkennen wir die unverzichtbare Rolle an, die KMU bei der Gestaltung resilienter demokratischer und prosperierender Gesellschaften spielen. Am Anfang dieses neuen institutionellen Zyklus ist es an der Zeit, den Fokus zugunsten von KMU zu verschieben und sie in den Mittelpunkt der Politik zu rücken. Wir müssen KMU dazu befähigen, eine führende Rolle auf dem Weg in Richtung grüne und digitale Transformation zu übernehmen, und gleichzeitig systematisch unnötige Bürokratie und Beschränkungen abbauen und somit Raum für Kreativität, Innovation und Unternehmergeist schaffen, Aspekte, die KMU so unvergleichlich wertvoll machen.

1. **Bei 99% aller Unternehmen im europäischen Binnenmarkt handelt es sich um KMU.** Sie tragen zu seiner Dynamik, Wettbewerbsfähigkeit und allgemein zur Wirtschaftsleistung bei. Daher sollte die Politik auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene KMU und ihre Besonderheiten mehr in den Mittelpunkt rücken. Wir ERINNERN deshalb alle EU-Institutionen und Regierungen daran, bei allen Politikgestaltungs-, Legislativ- und Umsetzungsprozessen, einschließlich des KMU-Tests mit klaren Kosten-Nutzen-Bewertungen, konsequent das Prinzip „Vorfahrt für KMU“ („Think Small First“) anzuwenden. Wir UNTERSTREICHEN die Bedeutung ernsthafter Bemühungen für bessere Rechtsetzung durch die konsequente Nutzung bereits bestehender Instrumente wie beispielsweise Folgenabschätzungen und den Wettbewerbsfähigkeits-Check.

¹ <https://ec.europa.eu/transparency/expert-groups-register/screen/expert-groups/consult?lang=de&groupID=2666>

2. **KMU benötigen Raum, um sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren zu können.** Angesichts ihrer besonderen Merkmale und Bedingungen verfügen KMU nicht immer über die Kapazitäten, um komplexe, multiple Vorschriften, auch im grenzüberschreitenden Kontext, gut zu handhaben. Wir BEGRÜSSEN die Zusage der Kommission, die Belastung durch Berichtspflichten in der EU-Gesetzgebung um mindestens 25 Prozent zu reduzieren, ohne die betreffenden politischen Ziele zu untergraben, und FORDERN insbesondere die Abschaffung doppelter, sich widersprechender oder inkohärenter Berichtspflichten. Wir ERMUTIGEN zu weiteren Maßnahmen, die unnötige Bürokratie signifikant abbauen, Standards und Vorschriften harmonisieren, Regulierungsverfahren verschlanken, die Entwicklung von KMU beschleunigen und die Nutzung digitaler Lösungen erleichtern.

Wir STREBEN das konsequente Voranbringen der Digitalisierung AN, das wir auf allen Stufen des Gesetzgebungsverfahrens im Hinterkopf behalten müssen. Wir SCHLAGEN VOR, konsequent wirksame Checks zur digitalen Reife mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität der Gesetzgebung auf der Ebene der Union durchzuführen.

3. **KMU brauchen einen funktionierenden Binnenmarkt.²** Für die Entsendung von Arbeitnehmern innerhalb des europäischen Binnenmarktes müssen sich Unternehmen einer Reihe von verschiedenen Meldesystemen bedienen. Deshalb BEGRÜSSEN wir die Initiative der Kommission, ein gemeinsames Formular auf freiwilliger Basis für Arbeitnehmer-Entsendeerkklärungen zu entwickeln und ein multilinguales Portal auf freiwilliger Basis zur Verfügung zu stellen, damit Unternehmen Entsendeerkklärungen digital in ihrer jeweiligen Sprache abgeben können. Interessierte Mitgliedstaaten können die eDeclaration und/oder das Portal auf einer freiwilligen Basis nutzen. Die Initiative sollte einen wesentlichen Beitrag zu einer verbesserten Durchsetzung anwendbaren Rechts für entsandte Arbeitnehmer und zu einem besseren Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beitragen.
4. **KMU brauchen gleiche Wettbewerbsbedingungen.** Viele auf E-Commerce-Plattformen zu sehr niedrigen Preisen verkaufte Waren und Dienstleistungen aus Drittstaaten halten europäische Standards bezüglich Umwelt, Produktsicherheit, Verbraucherschutz oder Menschenrechten nicht ein. Wir FORDERN einen wirksamen Schutz von KMU sowie die wirksame Umsetzung und Durchsetzung der einschlägigen Rechtsvorschriften. Dies wird auch zu einer weiteren Verbesserung des Verbraucherschutzes beitragen.
5. **KMU treiben die Transformation in Richtung grüne und digitale Wirtschaft voran.** Sie entwickeln grüne Lösungen wie erneuerbare Energien und energieeffiziente Technologien und nutzen diese. Wir STREBEN eine Politik AN, die weiter mit dem Ziel

² Belgien (BE), Dänemark (DK), Frankreich (FR) und Schweden (SE) unterstützen die Position zur eDeclaration mit einem gemeinsamen Formular nicht. Belgien (BE) und Frankreich (FR) sind der Auffassung, dass diese Initiative nach derzeitigem Stand nicht unbedingt zu einer bürokratischen Vereinfachung führen wird, nicht geeignet ist und die Möglichkeiten von Prüfdiensten verringert, Arbeitnehmerrechte zu schützen und fairen Wettbewerb sicherzustellen. Das belgische Limosa-System und das französische SIPS-System sind sehr anwenderfreundlich, ausgereift und weithin als die Best Practice anerkannt.

Belgien (BE) und Frankreich (FR) möchten auf die Tatsache hinweisen, dass vereinfacht gesagt die im Fall der Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern anwendbaren Kontrollmaßnahmen der Mitgliedstaaten (bezüglich der Einhaltung der in diesen Fällen anwendbaren Arbeitsbedingungen) in der Richtlinie 2014/67/EU geregelt sind. Gemäß den in der Richtlinie 2014/67/EU festgelegten Bedingungen können die Mitgliedstaaten ihre eigenen nationalen Entsendeerkklärungen (anstelle des ‚gemeinsamen Formulars für die eDeclaration‘, das derzeit von der Europäischen Kommission entwickelt wird) verwenden und andere Kontrollmaßnahmen bezüglich der Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ergreifen.

einer Wachstums-Agenda auf dem Green Deal aufbaut und Anreize für nachhaltige Praktiken, Initiativen für eine Kreislaufwirtschaft und die Nutzung erneuerbarer Energien durch KMU schafft, um den Klimawandel zu bekämpfen und die EU als globalen Vorreiter zu positionieren und dabei eine Führerschaft im Bereich Zukunftstechnologien sicherzustellen.

Wir BEGRÜSSEN, dass die Richtlinie zur nachhaltigkeitsbezogenen Unternehmensberichtserstattung (CSRD) einen allgemeinen Rahmen dafür schafft, die Angaben von Unternehmen über Nachhaltigkeit in ganz Europa vergleichbar zu machen. Gleichzeitig BITTEN wir unter Berücksichtigung der Berichtslast für KMU um eine verhältnismäßige Anwendung ihrer Grundsätze. Da der „Trickle-Down-Effekt“ dieser Bestimmungen eine große Herausforderung für KMU darstellt, FORDERN wir die Kommission dazu auf, den freiwilligen KMU-Standard (VSME-Standard) als Obergrenze für KMU in der Wertschöpfungskette festzulegen und ein gemeinsames Verständnis entlang der Wertschöpfungskette sicherzustellen, um Druck auf KMU, unnötigerweise über diesen Standard hinauszugehen, zu verhindern.

6. **KMU stärken Innovationen**, indem sie technologischen Fortschritt voranbringen und ein dynamisches und wettbewerbsfähiges Wirtschaftsumfeld erkunden, ausloten, schaffen und fördern. Wir ERMUTIGEN zu Investitionen in KMU-basierte Innovation, Forschung und Technologieanwendung, um KMU in die Lage zu versetzen, Spitzenprodukte und -dienstleistungen für die Bewältigung der Herausforderungen unserer Gesellschaften zu entwickeln und liefern.

Wir FORDERN besseren Zugang zu Finanzierung, Fördermöglichkeiten und Diensten zur Unterstützung von Unternehmen, die auf die speziellen Bedürfnisse von KMU zugeschnitten sind, und UNTERSTREICHEN den Bedarf an für KMU leicht zugänglichen wirksamen und diversifizierten Finanzierungsinstrumenten.

Wir BETONEN die Bedeutung dessen, Anreize für die Beteiligung innovativer KMU an großen Investitionsprojekten im Rahmen beispielsweise von „Horizont Europa“, dem EFRE und von IPCEIs sowie im Bereich der öffentlichen Beschaffung zu schaffen.

7. **KMU schaffen sichere Arbeitsplätze für etwa 100 Millionen Menschen in der EU**. Wir STEHEN FÜR ein Umfeld, das die Voraussetzungen für das Wachstum von KMU schafft und Unternehmertum zur Stärkung von Beschäftigungsmöglichkeiten in der gesamten Europäischen Union fördert. Wir VERPFLICHTEN uns dazu, der Kommission bei der Gestaltung von Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmenstransfers zur Seite zu stehen. Die Bewertung von Rahmenbedingungen für Unternehmenstransfers durch das Netzwerk der KMU-Beauftragten kann als Ausgangspunkt für weitere Überlegungen dienen.

Außerdem FORDERN wir die ehrgeizige Umsetzung der KMU-Säule des Binnenmarktprogramms durch die weitere Bereitstellung finanzieller Mittel für erfolgreiche Instrumente wie das Enterprise Europe Network oder die Joint Cluster Initiatives.

8. **KMU leisten einen wesentlichen Beitrag zu Qualifizierung, Ausbildung und Integration**. Wir BEKENNEN uns zu Investitionen in Qualifizierungs- und Ausbildungsökosysteme für KMU, die auf deren spezielle Bedürfnisse und Herausforderungen zugeschnitten sind, einschließlich digitaler Kompetenzen, Finanzkompetenzen, Problemlösung und Managementkompetenzen sowie

Nachhaltigkeit. Wir SETZEN UNS für Ökosysteme EIN, die die Zusammenarbeit von KMU, Bildungseinrichtungen und Ausbildungsstätten fördern, um Wissensaustausch, Kompetenztransfer und lebenslanges Lernen zu erleichtern.

9. **KMU sind mit Blick auf Größe, Alter, Branche und Ambitionen sehr unterschiedlich.** Wir ERMUTIGEN zu Unternehmergeist als treibende Kraft für die Gründung oder Übernahme eines Unternehmens oder eines innovativen Startups und STREBEN eine Politik AN, die Wachstum und die Teilnahme am internationalen Handel ermöglicht. Wir BITTEN die Kommission um die Durchführung einer Analyse der finanziellen Schwellenwerte gemäß der KMU-Definition, um die Inflation zu berücksichtigen.

Da statistische Daten über die Unternehmenskategorie "small mid-caps" rar sind, RUFEN wir die Kommission dazu AUF, weitere Analysen zu dieser Unternehmensgruppe durchzuführen, die als Grundlage für künftige Gespräche über deren spezielle Bedürfnisse und deren Rolle bei der Transformation der Wirtschaft in Europa dienen können.

Wir BEKENNEN UNS dazu, Frauen als Unternehmerinnen zu unterstützen, und FORDERN die Kommission dazu auf, die Hindernisse zu bewerten, die Frauen nach wie vor davon abhalten, ihr unternehmerisches Potenzial voll auszuschöpfen und den Austausch über Best Practices zu verbessern.

10. **KMU spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung von sozialem Zusammenhalt und regionaler Entwicklung.** Wir UNTERSTÜTZEN eine Politik, einschließlich der Kohäsionspolitik, die die lokale und regionale Wirtschaft stärkt, zu Engagement auf Kommunalebene ermutigt und KMU dabei unterstützt, zu inklusivem Wachstum und Entwicklung beizutragen und gleichzeitig vom Binnenmarkt zu profitieren.
11. **KMU tragen zu Pluralismus und Demokratie bei.** Ihr Engagement ist vertrauensbildend, stärkt soziale Bande, schafft lokale Arbeitsplätze und verbessert die Lebensqualität innerhalb von Gemeinden und Regionen. Wir ERMUTIGEN die EU-Institutionen, Regierungen und die Zivilgesellschaft dazu, KMU und Unternehmerinnen und Unternehmer als festen Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenhalts wertzuschätzen und in einem konstruktiven Austausch mit ihnen zu stehen.
12. **KMU brauchen innerhalb der Kommission eine starke Unterstützung.** Wir ERMUTIGEN die EU-Institutionen und insbesondere die Kommission sehr dazu, die KMU-Beauftragte bzw. den KMU-Beauftragten der EU rasch zu ernennen, damit diese bzw. dieser der Kommission mit Orientierung und Rat in KMU-Fragen zur Seite stehen kann, und die Kompetenz des Netzwerks der KMU-Beauftragten, einschließlich KMU vertretender Organisationen, umfassend zu nutzen.

Als nationale KMU-Beauftragte und Partner des Netzwerks der KMU-Beauftragten werden wir WEITERHIN mit unserem Rat und unserer vollen Unterstützung zur Verfügung stehen, um eine **kluge, moderne und unterstützende Politik für KMU** zu fördern.